

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

8. November 1950.

169/8

A n f r a g e

der Abg. Neuwirth, Dr. Reimann, Alois Gruber und
Genossen

an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend Abbaumassnahmen in den VÖEST-Werken, Linz/D.

Sachverhaltsdarstellung:

Aus den Vereinigten österreichischen Stahlwerken - VÖEST/Linz - wird uns seitens der Arbeitnehmerschaft berichtet, dass grössere Abbaumassnahmen im Ausmass von 10% der Belegschaft - das ergäbe rund 1.000 Mann - in Angriff genommen werden sollen. Diese geplante Massnahme erregt umso mehr das grösste Befremden, als in wiederholten Reden und Aufsätzen seitens offizieller Stellen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass gerade bei den VÖEST-Werken ein hoher Auftragsstand, insbesondere für Exportgeschäfte, zu verzeichnen ist. Überdies erfuhr die Öffentlichkeit im Zuge des 4. Lohn- und Preisabkommens wiederholt aus dem Munde führender Politiker unseres Staates, dass nur eine umfassende Produktionssteigerung zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens, zur Erhöhung des Lebensstandards der breiten Masse, zur Garantie der Vollbeschäftigung und zur Sanierung des Staatshaushaltes beitragen könne.

Da die bei der VÖEST geplanten Massnahmen im direkten Widerspruch zu all diesen Erklärungen stehen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, dass in den VÖEST-Werken 1.000 Mann der Belegschaft in der nächsten Zeit entlassen werden sollen?
2. Ist der Herr Bundesminister zutreffendenfalls bereit, eine Erklärung abzugeben, womit diese Abbaumassnahmen begründet werden?